

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (15. Ausschuss)

- 1) zu dem Antrag der Abgeordneten Renate Blank, Dirk Fischer (Hamburg), Dr.-Ing. Dietmar Kansy, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/4387 –

Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Binnenschifffahrt erhalten und sichern

- 2) zu dem Antrag der Abgeordneten Horst Friedrich (Bayreuth), Hans-Michael Goldmann, Dr. Karlheinz Guttmacher, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P. – Drucksache 14/4602 –

Wasserstraßen ausbauen und Nachteile der deutschen Flagge im EU-weiten Wettbewerb der Binnenschifffahrt beseitigen

- 3) zu dem Antrag der Abgeordneten Annette Faße, Hans-Günter Bruckmann, Dr. Peter Danckert, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Helmut Wilhelm (Amberg), Albert Schmidt, (Hitzhofen) Kerstin Müller (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/5667 –

Potenziale im Wasserstraßentransport umwelt- und naturverträglich nutzen – Intermodalität stärken

A. Problem

1. Die Fraktion der CDU/CSU hat einen Antrag eingebracht, in dem unter anderem gefordert wird, die Mittel für Investitionen in die Wasserstraßen aufzustocken, Initiativen zum Abbau des Harmonisierungsdefizits auf EU-Ebene zu ergreifen, die vorhandenen Programme der Bundesregierung zur Finanzierung eines Schiffsneubaus oder einer Modernisierung für die Binnenschiff-

fahrt aufzustocken und zu novellieren bzw. neue Programme zu schaffen, ein Programm zur Verjüngung und Modernisierung der deutschen Binnenschifffahrtsflotte zu schaffen, die Schifffahrtsabgaben abzuschaffen bzw. deutlich zu senken, sich dafür einzusetzen, die Donau im jugoslawischen Teil für den Transitverkehr schnellstens wieder schiffbar zu machen und jährlich einen Bericht zur Lage des Binnenschiffahrtsgewerbes in Deutschland vorzulegen. Weiterhin spricht der Antrag unter anderem Fragen von Zuschüssen zu den Investitionskosten für private Wasserstraßenanschlüsse und Umschlageneinrichtungen, der Einhaltung der Kabotagebestimmungen und der Tarife in den bilateralen Binnenschiffahrts-Abkommen sowie der Einhaltung der Quote im Verkehr mit Polen und der Sicherung der Wettbewerbssituation der deutschen Binnenschiffahrt bei einer EU-Erweiterung an.

2. Die Fraktion der F.D.P. hat einen Antrag eingebracht, mit dem die Bundesregierung unter anderem aufgefordert werden soll, in ihrer Verkehrspolitik den Verkehrsträger Binnenschiff stärker zu berücksichtigen, die Wettbewerbsnachteile der deutschen Binnenschiffer im europäischen Wettbewerb abzubauen, den Anteil des Binnenschiffs am Transportaufkommen zu erhöhen, den Ausbau des Binnenwasserstraßennetzes mittels eines integrierten Investitionsprogramms voranzutreiben, kostenträchtige bürokratische Regeln und Vorschriften wie z. B. die Pflicht zum Führen eines Schifffahrtsdienstbuches abzuschaffen bzw. zu straffen, bei der bevorstehenden EU-Osterweiterung und der Ablösung bilateraler Verträge zusätzliche Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden und die Verkehrsverlagerung auf das Binnenschiff durch Investitionen in Schnittstellen zu anderen Verkehrsträgern zu unterstützen.
3. Die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben einen Antrag eingebracht, in dem sie unter anderem fordern, konkrete Umsetzungsvorschläge zur Verlagerung von Gütertransporten auf die Wasserstraße zu erarbeiten, eine integrierte Bundesverkehrswegeplanung zu forcieren, die Baumaßnahmen bei Straße, Schiene und Wasserstraße unter Berücksichtigung des Nachhaltigkeitsprinzips aufeinander abzustimmen, bei Unterhaltung und Ausbau von Wasserstraßen die Beachtung der Belange des Natur- und Umweltschutzes zu gewährleisten, die bestehende Wasserstraßeninfrastruktur in Ost-West-Relation zu verbessern, keine neue Abgaben für die Wasserstraßen einzuführen und in Zweijahresabständen einen Binnenschiffahrtsbericht vorzulegen. Weiterhin spricht der Antrag unter anderem Fragen der finanziellen Förderung von Schifferkinderheimen, Forschungsfragen, Ausbildungsbeihilfen für Schiffsjungen, die Wiederherstellung der Schiffbarkeit der Donau in Jugoslawien, die Hinterlandanbindungen von Häfen, die Optimierung der logistischen Schnittstellenfunktionen der Binnen- und Seehäfen, den Bau und Einsatz innovativer Umschlagetechnologien, die stärkere Einbeziehung des Binnenschiffs beim Warenaustausch mit den künftigen EU-Mitgliedstaaten, die Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen und die vorläufige Beibehaltung bilateraler Abkommen mit den Beitrittskandidaten bis zur Regelung eines stufenweisen Übergangs bei der Marktöffnung des Binnenschiffahrtssektors an.

B. Lösung

- 1) **Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/4387 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.**
- 2) **Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/4602 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.**

3) Annahme des Antrags auf Drucksache 14/5667 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenenthaltung der Fraktion der PDS

C. Alternativen

- 1) Annahme des Antrags auf Drucksache 14/4387.
- 2) Annahme des Antrags auf Drucksache 14/4602.
- 3) Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/5667.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 14/4387 abzulehnen,
2. den Antrag auf Drucksache 14/4602 abzulehnen,
3. den Antrag auf Drucksache 14/5667 anzunehmen.

Berlin, den 19. Juni 2001

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald
Vorsitzender

Annette Faße
Berichterstatterin

Renate Blank
Berichterstatterin

Hans-Michael Goldmann
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Annette Faße, Renate Blank und Hans-Michael Goldmann

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 14/4387** in seiner 133. Sitzung am 16. November 2000 an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung und an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen. Er hat den Antrag auf **Drucksache 14/4602** in seiner 133. Sitzung am 16. November 2000 an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung und an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen. Den Antrag auf **Drucksache 14/5667** hat er in seiner 161. Sitzung am 29. März 2001 an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung und an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

1. Die Fraktion der CDU/CSU hat einen Antrag eingebracht, in dem unter anderem gefordert wird, die Mittel für Investitionen in die Wasserstraßen aufzustocken, Initiativen zum Abbau des Harmonisierungsdefizits auf EU-Ebene zu ergreifen, die vorhandenen Programme der Bundesregierung zur Finanzierung eines Schiffsneubaus oder einer Modernisierung für die Binnenschifffahrt aufzustocken und zu novellieren bzw. neue Programme zu schaffen, ein Programm zur Verjüngung und Modernisierung der deutschen Binnenschifffahrtsflotte zu schaffen, die Schifffahrtsabgaben abzuschaffen bzw. deutlich zu senken, sich dafür einzusetzen, die Donau im jugoslawischen Teil für den Transitverkehr schnellstens wieder schiffbar zu machen und jährlich einen Bericht zur Lage des Binnenschifffahrtsgewerbes in Deutschland vorzulegen. Weiterhin spricht der Antrag unter anderem Fragen von Zuschüssen zu den Investitionskosten für private Wasserstraßenanschlüsse und Umschlageinrichtungen, der Einhaltung der Kabotagebestimmungen und der Tarife in den bilateralen Binnenschifffahrts-Abkommen sowie der Einhaltung der Quote im Verkehr mit Polen und der Sicherung der Wettbewerbssituation der deutschen Binnenschifffahrt bei einer EU-Erweiterung an.
2. Die Fraktion der F.D.P. hat einen Antrag eingebracht, mit dem die Bundesregierung unter anderem aufgefordert werden soll, in ihrer Verkehrspolitik den Verkehrsträger Binnenschiff stärker zu berücksichtigen, die Wettbewerbsnachteile der deutschen Binnenschiffer im europäischen Wettbewerb abzubauen, den Anteil des Binnenschiffs am Transportaufkommen zu erhöhen, den Ausbau

des Binnenwasserstraßennetzes mittels eines integrierten Investitionsprogramms voranzutreiben, kostenträchtige bürokratische Regeln und Vorschriften wie z. B. die Pflicht zum Führen eines Schifffahrtsdienstabuches abzuschaffen bzw. zu straffen, bei der bevorstehenden EU-Osterweiterung und der Ablösung bilateraler Verträge zusätzliche Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden und die Verkehrsverlagerung auf das Binnenschiff durch Investitionen in Schnittstellen zu anderen Verkehrsträgern zu unterstützen.

3. Die Koalitionsfraktionen haben einen Antrag eingebracht, in dem sie unter anderem fordern, konkrete Umsetzungsvorschläge zur Verlagerung von Gütertransporten auf die Wasserstraße zu erarbeiten, eine integrierte Bundesverkehrswegeplanung zu forcieren, die Baumaßnahmen bei Straße, Schiene und Wasserstraße unter Berücksichtigung des Nachhaltigkeitsprinzips aufeinander abzustimmen, bei Unterhaltung und Ausbau von Wasserstraßen die Beachtung der Belange des Natur- und Umweltschutzes zu gewährleisten, die bestehende Wasserstraßeninfrastruktur in Ost-West-Relation zu verbessern, keine neue Abgaben für die Wasserstraßen einzuführen und in Zweijahresabständen einen Binnenschifffahrtsbericht vorzulegen. Weiterhin spricht der Antrag unter anderem Fragen der finanziellen Förderung von Schifferkinderheimen, Forschungsfragen, Ausbildungsbeihilfen für Schiffsjungen, die Wiederherstellung der Schiffbarkeit der Donau in Jugoslawien, die Hinterlandanbindungen von Häfen, die Optimierung der logistischen Schnittstellenfunktionen der Binnen- und Seehäfen, den Bau und Einsatz innovativer Umschlagtechnologien, die stärkere Einbeziehung des Binnenschiffs beim Warenaustausch mit den künftigen EU-Mitgliedstaaten, die Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen und die vorläufige Beibehaltung bilateraler Abkommen mit den Beitrittskandidaten bis zur Regelung eines stufenweisen Übergangs bei der Marktöffnung des Binnenschifffahrtssektors an.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

1. Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 14/4387 in seiner 73. Sitzung am 16. Mai 2001 beraten und empfiehlt dessen Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS. Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat den Antrag in seiner 93. Sitzung am 30. Mai 2001 beraten und empfiehlt dessen Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und PDS bei Abwesenheit der Fraktion der F.D.P. Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 54. Sitzung am 30. Mai 2001 beraten und empfiehlt dessen Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 53. Sitzung am 7. März 2001 beraten und empfiehlt dessen Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. Der **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat den Antrag in seiner 61. Sitzung am 16. Mai 2001 beraten und empfiehlt dessen Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und des Vertreters der Fraktion der F.D.P. bei Abwesenheit des Vertreters der Fraktion der PDS. Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 61. Sitzung am 7. Februar 2001 beraten und empfiehlt dessen Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.

2. Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 14/4602 in seiner 87. Sitzung am 14. Februar 2001 beraten und empfiehlt dessen Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU. Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 54. Sitzung am 30. Mai 2001 beraten und empfiehlt dessen Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 61. Sitzung am 7. Februar 2001 beraten und empfiehlt dessen Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.
3. Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 14/5667 in seiner 73. Sitzung am 16. Mai 2001 beraten und empfiehlt dessen Annahme mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 54. Sitzung am 30. Mai 2001 beraten und empfiehlt dessen Annahme mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 59. Sitzung am 30. Mai 2001 beraten und empfiehlt dessen Annahme mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS. Der **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat den Antrag in seiner 61. Sitzung am 16. Mai 2001 beraten und empfiehlt dessen Annahme mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und des Vertreters der Fraktion der F.D.P. bei Abwesenheit des Vertreters der Fraktion der PDS. Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 71. Sitzung am 30. Mai 2001 beraten und empfiehlt dessen Annahme mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Enthaltung der Fraktion der PDS.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat die Vorlage in seiner 60. Sitzung am 30. Mai 2001 beraten.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat die Vorlagen in seiner 60. Sitzung am 30. Mai 2001 beraten.

1. Der Antrag auf Drucksache 14/4387 wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. abgelehnt.
2. Der Antrag auf Drucksache 14/4602 wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. abgelehnt.
3. Der Antrag auf Drucksache 14/5667 wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktion gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS angenommen.

Die **Fraktion der SPD** führte aus, gravierende Unterschiede zwischen dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU und dem Koalitionsantrag gebe es in Bezug auf die Wasserstraßeninfrastruktur, nämlich bezüglich der Forderung nach einer Aufstockung der Mittel für die Binnenschifffahrt im IP-Programm und im Anti-Stau-Programm. Diese Forderung der Fraktion der CDU/CSU sei unrealistisch. Man habe bereits die Forderung nach einem Bericht zur Binnenschifffahrt erhoben und gehe davon aus, dass dieser nach der Sommerpause vorliegen werde. Einen jährlichen Binnenschifffahrtsbericht halte man allerdings für nicht realisierbar. Die Fraktion der SPD betrachte die in dem Antrag der Fraktion der F.D.P. geforderte Neuverteilung der UMTS-Zinsersparnisse unter Berücksichtigung der Binnenschifffahrt als unrealistisch. Die dortige Forderung nach einer Abschaffung des Schifffahrtsdienstbuches halte man für verfehlt, da dies ein Nachweis und eine Kontrolle für die Beschäftigung in der Binnenschifffahrt sei. Bei anderen Verkehrsträgern werde gerade diese Kontrolle gefordert. Man wisse, dass eine EU-Harmonisierung des Binnenschifffahrtsverkehrs nicht kurzfristig möglich sein werde.

Die **Fraktion der CDU/CSU** meinte, den Koalitionsfraktionen fehle der Wille zur Aufbringung der finanziellen Mittel zur Verbesserung der Wasserstraßeninfrastruktur. Man kritisiere den Geist des Koalitionsantrags, mit dirigistischen Maßnahmen fehlende Angebote der Wirtschaft zur Logistik ersetzen zu wollen. Die Forderung nach einem jährlichen Bericht zur Binnenschifffahrt halte man für richtig, weil der bereits früher geforderte Wasserstraßenausbaubericht von der Bundesregierung nicht vorgelegt werde. Die Forderung entspreche der Übung beim jährlichen Bundesfernstraßenausbaubericht und fördere die Gleichbehandlung der Binnenschifffahrt mit dem Verkehrsträger Straße. Gemeinsam angegangen werden solle, dass die in der ausländischen Binnenschifffahrt festzustellende Tonnagezunahme auch in Deutschland vorangetrieben werde.

Die **Fraktion der F.D.P.** erklärte, der Antrag der Koalitionsfraktionen lasse die Bremsen erkennen, die von der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN eingebaut worden

seien. Man kritisiere den fehlenden Willen zum Ausbau der Wasserstraßen; der Koalitionsantrag enthalte nur die Forderung nach einer Erarbeitung von konkreten Umsetzungsvorschlägen; er setze keine Zeichen für eine Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Wasserstraßen und enthalte keine Vorschläge für zusätzliche Hilfen für die Binnenschifffahrt. Der Abbau der Bürokratie in der Binnenschifffahrt sei ein wichtiges Ziel.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte, für sie sei der Ausbau und Erhalt der Wasserstraßen in umweltverträglicher Form wichtig. Sie sehe den zentralen Konflikt darin, dass die Vorgängerregierung die Auffassung vertreten habe, den Ausbau der Hauptwasserstraßen nach Osten an der Rheinschifffahrt orientieren zu müssen und nicht umgekehrt darauf geachtet habe, die Schiffe den vorhandenen Wasserstraßen anzupassen. Es gebe ein großes Problem der Relation zwischen den Ausbaukosten und der Nutzbarkeit in der Binnenschifffahrt. Hier sei nur eine Harmonisierung möglich, wenn die drei Ziele Ökologie, Ökonomie der Bin-

nenschifffahrt selbst und volkswirtschaftliche Ökonomie in eine sinnvolle Wechselbeziehung gebracht würden. Statt maximaler Ausbauszwänge müsse eine moderne Ausstattung der Binnenschifffahrt in den Vordergrund treten. Auch sie sei der Auffassung, dass die Binnenschifffahrtsbürokratie überproportioniert sei.

Die **Fraktion der PDS** meinte, dass der Binnenwasserverkehr eine eindeutige Rahmenplanwirtschaft darstelle. Generell betrage die Kostendeckung zwischen 8 und 13 Prozent, der Rest werde subventioniert und sei volkswirtschaftlich nicht kostendeckend. Deshalb sei eine starke Kontrolle der eingesetzten Gelder notwendig. Auf den bestehenden Binnenwasserstraßen könne noch erheblich mehr Verkehr stattfinden. Die Anträge der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. lehne man wegen der darin geforderten harten Ausbaumaßnahmen ab. Der Antrag der Koalitionsfraktionen beinhalte keine Einordnung in eine integrierte Verkehrsplanung, in der den Wasserwegen wieder eine größere Rolle zugeschrieben werde.

Berlin, den 19. Juni 2001

Annette Faße
Berichterstatlerin

Renate Blank
Berichterstatlerin

Hans-Michael Goldmann
Berichterstatler

